Presseinformation

aus der Projektwerkstatt

Patum: 21.08.05

Revision im Gießener Polit-Prozess Neue Anklagen erhoben!

Im Gießener Prozess gegen Aktivisten der Projektwerkstatt läuft die Revisionfrist ab. Die beiden Angeklagten werden in den kommenden Tagen ihre Revisionsbegründung abgeben. Damit geht der Prozess, der von Skandalen um Falschaussagen und erfundene Beweismittel umwittert war und trotz ständiger Widersprüche in den Aussagen das Polizeizeugen mit hohen Verurteilungen endete, in die vorerst letzte Runde. "Die Fehler im Berufungsverfahren waren grotesk – wir müssen aber damit rechnen, dass auch das Oberlandesgericht auf politischen Druck handelt", fasst der zu 8 Monaten ohne Bewährung verurteilte Jörg Bergstedt seine Erwartungen zusammen. Dieser Druck kommt nach seiner Meinung aus der mittelhessischen Polizeiführung, die etliche klare Fälle von Beweismittelfälschung, Freiheitsberaubung und mehr zu vertuschen habe. Die Angeklagten hatten zusammen mit anderen Gruppen im Gießener Raum schon zweimal umfangreiche Dokumentationen zu diesen Manipulationen in polizeilichen Ermittlungen vorgelegt, die nun auch im Internet für jedermann zugänglich sind (www.polizeidoku-giessen.de.vu).

Außerdem sei das Umfeld des hessischen Innenministers Bouffier, der in Gießen wohnt, sowie seiner Parteifreunde aus der Stadtregierung treibende Kraft bei dem Versuch, politische Gegner mundtot zu machen. Bouffier plante, aus Gießen eine Vorzeigestadt in Sachen innerer Sicherheit zu machen, was auch durch massive Proteste behindert wurde. Die aktuellen Gerichtsverfahren beziehen sich vor allem auf die Auseinandersetzungen um die Gießener Gefahrenabwehrverordnung aus dem Jahr 2002. Schon damals hatten Politik und Polizei mit kompletten Erfindungen den Protest zu diskreditieren versucht, so unter anderem durch eine vermeintliche Bombendrohung, die aber tatsächlich nie eingegangen war, was der Gießener Bürgermeister auch später zugeben musste. Schließlich sehen die Angeklagten noch Kreise in der Staatsanwaltschaft und Justiz Gießens als Ursache für die skandalösen Prozesse. Gezeigt haben das nicht nur die bisherigen Prozesse (www.justiz-giessen.de.vu), sondern auch zwei Verwaltungsgerichtsbeschlüsse, bei denen dieses Gießener Gericht einem Aktivisten verweigert hat, polizeiliche Zwangsmassnahmen gerichtlich überprüfen zu lassen. "Wir sind hier aus juristischer Sicht für vogelfrei erklärt worden", kommentiert das der Betroffene, der auch eine weitere Anklageschrift übersandt bekam. Er steht im Verdacht, im Dezember 2003 mit Farbe, Klebstoff und mehr das Amtsgericht und die Staatsanwaltschaft attackiert zu haben. Dazu sagt er: "Die Beweislage ist wieder ein Zeugnis, wie in Gießen manipuliert. Das wird im Prozess detailliert auseinander zu nehmen sein. Aber eines kann ich nicht verhehlen: Die damalige Aktion hat meine vollste Sympathie! Wer wie die Gießener Justiz permanent Recht bricht und beugt, hat Widerstand verdient!"

Informationen für JournalistInnen:

- Die Revisionsbegründung wird ca. Mitte nächster Woche beim Gießener Landgericht zu Protokoll geben. Wer den genauen Termin erfahren möchte, sollte sich bei den Angeklagten melden.
- Internetseite zu den Prozessen: www.projektwerkstatt.de/prozesse
- Kontakt: über Projektwerkstatt, siehe rechts

Absender: Die Angeklagten

Hinweis:

Diese Presseinformation ist keine Stellungnahme "der" Projektwerkstatt. Die Projektwerkstatt ist ein offenes politisches Zentrum ohne Leitung und vertritt keine Position nach außen. Alle in der Projektwerkstatt aktiven Personen und Gruppen sprechen nur für sich selbst.

Gegen Stellvertretung und kollektive Identitäten!



Projektwerkstatt im Kreis Gießen

Ludwigstr. 11 35447 Reiskirchen-Saasen Tel. 06401/90328-3, Fax -5 Handy 0171/8348430

E-mail: saasen@projektwerkstatt.de www.projektwerkstatt.de/saasen

Bahnhof: Saasen (Linie 635: Gießen - Fulda) (Bus 5100: Gießen - Grünberg)